



### Presseschau vom 12.09.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**Uwe Trostel: „Selbst der größte Schurkenstaat...“: Ostdeutscher macht sich Gedanken, wem Fall Nawalny nützt**

Interessanterweise wird im Zusammenhang mit dem Fall Nawalny kaum die Frage gestellt, wem die Russland zugedachte Rolle als internationaler Bösewicht und Schurkenstaat eigentlich nutzt. ...

<https://sptnkne.ws/DCb5>

**Andreas Peter: Die Stunde der transatlantischen Demagogen – Aktuelle Stunde im Bundestag zum Fall Nawalny**

Auf Antrag der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen fand am Freitag eine Aktuelle Stunde im Zusammenhang mit der Vergiftung des russischen Regierungskritikers Alexej Nawalny statt. Dabei ging es im Wesentlichen nicht um Aktualität, sondern um bereits bekannte Vorwürfe, Verurteilungen, Zweifel und Kritik. Und natürlich um Nord Stream 2.

<https://sptnkne.ws/DCg9>

**Wladislaw Sankin: Wo ist die "Nowitschok-Flasche"? Unstimmigkeiten im Fall Nawalny mehren sich**

Charité, Militärlabor und Bundesregierung wollen der russischen Seite keine Nachweise liefern, dass in Alexei Nawalnys Blut, Urin und Haut Nowitschok-Spuren gefunden wurden. Durchgesickerte Details der Affäre lassen an diesem Befund bereits zweifeln. ...

<https://de.rt.com/2a4x>

**abends/nachts:**

de.sputniknews.com: **Russisches Militär: Terroristen planen Provokation mit Chemiewaffen in Idlib**

Kämpfer der Terrorgruppierung Hai'at Tahrir asch-Scham bereiten laut dem russischen Versöhnungszentrum in Syrien eine Provokation unter Einsatz von Chemiewaffen im Süden von Idlib vor.

„Im russischen Zentrum für die Versöhnung der Kriegsparteien in Syrien sind Informationen über die Vorbereitung einer Provokation unter Einsatz von Giftsubstanzen im südlichen Teil der Deeskalationszone in Idlib durch Kämpfer der Terrorgruppierung Hai'at Tahrir asch-Scham eingegangen“, so der stellvertretende Leiter des Versöhnungszentrums, Konteradmiral Alexander Grinkewitsch.

Die Terroristen planten Dreharbeiten in der Nähe der Anhöhe Dschebel-Sawija, so Grinkewitsch weiter. Dabei sollten ausländische Reporter eingeladen werden, um die Videos zu verbreiten und die Chemiewaffen-Attacke anschließend der syrischen Regierungsarmee in die Schuhe zu schieben.

Zuvor hatte die syrische Flugabwehr nach Angaben der Nachrichtenagentur Sana in der Nacht auf Freitag einen Luftangriff in der Provinz Aleppo im Norden des Landes abgewehrt. Demnach verhinderten syrische Flugabwehrsysteme offenbar einen israelischen Angriff im Osten Aleppos. Mehrere Raketen seien abgeschossen worden, bevor sie ihr Ziel erreicht hätten.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32650/32/326503237\\_0:29:3071:1691\\_1000x541\\_800000\\_b7afbb86f6e073286fdc75d81ebdde67.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32650/32/326503237_0:29:3071:1691_1000x541_800000_b7afbb86f6e073286fdc75d81ebdde67.jpg)

dan-news.info: **Tag der Stadt Makejewka**

Die bevölkerungsmäßig zweitgrößte Stadt der DVR – Makejewka – begeht heute ihren 330. Gründungstag. Aus diesem Anlass finden Festveranstaltungen und Versammlungen statt. Das Zentrum der Feierlichkeiten ist der Lenin-Prospekt, wohin ca. 10.000 Einwohner und Gäste der Stadt kamen. Die Feierlichkeiten begannen an der Engels-Straße, wo eine Ausstellung von Motorrädern darunter sowjetische „ISH“, „Minsk“ und ausländische Honda, Kawasaki, Yamaha, Suzuki, Harley-Davidson zu sehen sind.

Weiter gibt es eine Ausstellung von militärischer, Feuerwehr-, kommunaler und landwirtschaftlicher Technik. Hier kann sich jeder als Fahrer eines Schützenpanzerwagens, eines Feuerwehrautos oder eines Mähreschers fühlen. Alle Ausstellungen sind gut besucht.

...

Im Zentrum der Stadt finden Sportwettbewerbe statt, Boxen, Straßenfußball und Basketball, Leichtathletik, Radsport.

Außerdem gibt es Souvenirs, Essensstände, Kinderkarussells, Fotoausstellungen, Auftritte von Künstlerkollektiven.

Im Jugendtheater fand eine Auszeichnung von Einwohnern und Kollektiven der Stadt statt. Aus Anlass des Tages erhielt Makejewka als erste Stadt der DVR den Titel „Stadt des Arbeitsruhms“, eine Auszeichnung, die der Volkssowjet am 1. September eingeführt hat. Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, der heute Makejewka besuchte, überreichte dem Bürgermeister Sergej Goloschtschapow die Urkunde Die Auszeichnung erhalten Ortschaften, deren Einwohner die unterbrechungsfreie Produktion in Unternehmen militärischer und ziviler Produktion gewährleistet und dabei im Großen Vaterländischen Krieg sowie ab dem 11. Mai 1945 Heldentum bei der Arbeit gezeigt haben. Außerdem überreichte Puschilin sechs Familien aktiver und gefallener Soldaten der Republik Schlüssel zu neuen Wohnungen.



[https://dan-news.info/wp-content/uploads/2020/09/dan-news.info-2020-09-11\\_15-55-04\\_478031----30-1024x683.jpg](https://dan-news.info/wp-content/uploads/2020/09/dan-news.info-2020-09-11_15-55-04_478031----30-1024x683.jpg)

de.sputniknews.com: **Spiegel: Nawalny mit „härterer“ Nowitschok-Version vergiftet – Experte widerspricht**

Der Kremlkritiker Alexej Nawalny sollte laut einem Spiegel-Bericht noch im Flugzeug sterben – und dafür sollte eine „Weiterentwicklung des Nervenkampfstoffes Nowitschok“ Sorge tragen. Der Chemiewaffen-Experte Leonid Rink hat nun Vorwürfe solcher Art fachmännisch ausgeräumt.

Laut dem Spiegel würden die Hinweise auf eine Beteiligung von russischen Regierungsstellen an dem Giftanschlag immer konkreter. Beim dem Giftstoff soll es sich um eine Weiterentwicklung von bislang bekannten Zusammensetzungen des Nervenkampfstoffes Nowitschok handeln.

Das Gift sei noch „härter“ als bisherige Formen, verwies das Blatt auf die Worte des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), Bruno Kahl, in der vergangenen Woche. Die Komplexität spreche demnach für eine Verstrickung des Kremles in den Fall, da man nur mithilfe des russischen Staatsapparates an diese Zusammensetzung gelangen könne, hieß es weiter.

Der Chemiewaffen-Experte Leonid Rink, der einst an der Entwicklung des Nervengiftes „A-234 Nowitschok“ gearbeitet hatte, hält solche Behauptungen für abwegig.

„Das ist Unsinn. Der Stoff, über den der Spiegel berichtet hat, ist eine Substanz, die bei

höherer Temperatur schmilzt. Unter normalen Bedingungen ist sie hart. Das war natürlich nicht ‚Nowitschok‘. Diese Substanz gehört einer anderen Klasse an und war nie ein binärer Kampfstoff“, sagte Rink.

Als binärer Kampfstoff wird eine spezielle Form von chemischen Waffen bezeichnet, deren zwei bzw. mehrere Substanzen relativ ungefährlich voneinander getrennt gelagert werden, bevor sie dann zu dem eigentlichen Endstoff vermischt und eingesetzt werden.

Der Chemieexperte hatte bereits zuvor eine Vergiftung bei Nawalny ausgeschlossen, „weil typische Symptome nicht vorhanden sind“. Laut Rink ist „Nowitschok“ entwickelt worden, um Atomwaffen auf dem Gefechtsfeld zu ersetzen. Der Giftstoff habe eine hundertprozentige Letalität, argumentierte Rink.

Auch der russische UN-Militärexperte Igor Nikulin äußerte die Ansicht, dass es Nawalny nicht gelungen wäre, aus dem Koma zu erwachen, wenn tatsächlich eine Vergiftung mit „Nowitschok“ vorgelegen hätte. ...

#### **vormittags:**

**telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 11. September wurde ein Feuerangriff von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt:**

**Um 10:50 Uhr wurde **Shelobok** aus Richtung Pritschepilowka mit Schusswaffen beschossen. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.**

#### **deutsch.rt.com: Peking: USA sind "Hauptmotor" der Militarisierung des Südchinesischen Meeres**

Washington greife direkt in die maritimen und territorialen Streitigkeiten in der unruhigen Region des Südchinesischen Meeres ein, so ein hochrangiger chinesischer Diplomat. Es werde dort zum Hauptmotor der Militarisierung, um seiner eigenen Agenda gerecht zu werden.

Während einer Videokonferenz mit den Außenministern im Rahmen eines ASEAN-Gipfels am Mittwoch beschuldigte der chinesische Staatsrat Wang Yi die USA, die Spannungen in der Region des Südchinesischen Meeres um ihrer eigenen politischen Vorteile willen zu schüren. Er sagte:

„Frieden und Stabilität sind das größte strategische Interesse Chinas im Südchinesischen Meer. Dies ist auch das gemeinsame strategische Bestreben Chinas und der ASEAN-Staaten. China hofft, dass Länder außerhalb der Region, einschließlich der Vereinigten Staaten, die Wünsche und Erwartungen der Länder der Region voll und ganz respektieren, anstatt Spannungen zu erzeugen und daraus Profit zu schlagen.“

Das ressourcenreiche Südchinesische Meer ist Gegenstand sich überschneidender territorialer und maritimer Ansprüche mehrerer Nationen, darunter China, die Philippinen, Vietnam, Indonesien, Malaysia und Brunei. Abgesehen von den natürlichen Ressourcen ist die Region auch eine wichtige Wasserstraße, durch die jedes Jahr Handelsströme mit Waren im Gesamtwert von Billionen von US-Dollar fließen.

Die USA wurden in den letzten Jahren zunehmend im Südchinesischen Meer aktiv und entsandten regelmäßig Militärpatrouillen im Rahmen der sogenannten "Freiheit der Schifffahrt" sowie Luftüberwachungsmissionen in die Region. Die Operationen haben zu verschiedenen Zwischenfällen zwischen dem US-amerikanischen und dem chinesischen Militär auf See geführt.

Washington gibt jedoch Peking die alleinige Schuld an den Spannungen in der Region und weist gleichzeitig dessen territorialen Ansprüche zurück. Ende August sprach Donald Trumps

Nationaler Sicherheitsberater Robert O'Brien vor dem von Waffenherstellern finanzierten und von der NATO unterstützten Thinktank Atlantic Council und bezeichnete China als "eine sehr durchsetzungsfähige, eine sehr aggressive" Nation. Er erklärte:

„Die USA behalten sich immer ihr Recht auf freie Schifffahrt und freie Luftfahrt vor. Ich weise auf jeden Fall alle chinesischen Behauptungen zurück, dass Flüge über dem Südchinesischen Meer [...] eine Art Verletzung einer Norm oder einer Regel darstellen.“

**dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 11. September 3:00 Uhr bis 12. September 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung und der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands von Seiten der BFU festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

**de.sputniknews.com: Rakete des US-Raumfahrt-Startups Astra verfehlt Zielorbit**

Das amerikanische Privatunternehmen Astra ist bei einem neuen Versuch, eine Trägerrakete ins All zu bringen, gescheitert. Die Rakete hob am Samstag vom Startplatz Kodiak in Alaska ab, konnte jedoch die Zielbahn nicht erreichen, wie das Unternehmen mitteilte.

Nach dem erfolgreichen Start sei der Flug noch während der Arbeit der ersten Stufe abgebrochen worden, so Astra auf Twitter.

Dennoch zeigte sich das Raumfahrt-Startup zufrieden und sprach von einem Fortschritt auf dem Weg ins All:

„Wir sind unglaublich stolz auf unser Team. Wir werden die Daten überprüfen, Änderungen vornehmen und Rocket 3.2 starten.“

Die seit 2016 bestehende Privatfirma Astra hat eine zweistufige Trägerrakete entwickelt, die 2018 zwei suborbitale Flüge absolvierte. Bei den beiden Flügen kam es jedoch zu Pannen.

Bei der Vorbereitung auf den ersten orbitalen Flug kam es im März ebenfalls zu einem technischen Defekt. Astra trat bei einem Wettbewerb der Forschungsbehörde des Verteidigungsministeriums (DARPA) an, allerdings ohne Erfolg.

**Lug-info.com: In der LVR sind am 12.9.20 um 9:00 Uhr 777 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. Davon sind 652 nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.**

Seit Beginn der Pandemie gibt es 22 Todesfälle.

**de.sputniknews.com: Paris: Gelbwesten rufen zu landesweitem Protest auf**

Die Gelbwesten-Bewegung setzt am heutigen Samstag in mehreren Städten ihre Kampagne gegen die geplanten Rentenreformen der französischen Regierung fort. ...

Der Protest findet statt, nachdem in Frankreich ein Anstieg von Corona-Neuinfektionen im ganzen Land gemeldet wurde. In Paris werden bis zu 5.000 Demonstranten erwartet; etwa jeder fünfte davon gilt nach Polizeiangaben als gewaltbereit.

Zuvor hatte Frankreichs Innenminister Darmanin strengere Regeln für die Polizei bekanntgegeben. So muss jeder Einsatz von Gummigeschossen durch einen Vorgesetzten gebilligt werden. Außerdem sollen Blendgranaten mit geringerem Verletzungsrisiko eingesetzt werden.





[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0c/327927682\\_0:50:3090:1722\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_31a90b542d1c72b5b75e32a8a645da68.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0c/327927682_0:50:3090:1722_1000x541_80_0_0_31a90b542d1c72b5b75e32a8a645da68.jpg)

**belta.by: Innenministerium: Am 11. September wurden 32 Personen wegen Verstoßes gegen die Regelungen zu Massenveranstaltungen festgenommen**

Am 11. September wurden 32 Personen wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen zu Massenveranstaltungen festgenommen. Diese Information wurde von der Pressesprecherin des Innenministeriums Olga Tschomodanowa auf deren Telegram-Kanal veröffentlicht. Nach Angaben des Innenministeriums betrug die Gesamtzahl der Teilnehmer an 13 Protestaktionen, die in drei Regionen der Republik stattfanden, nicht mehr als 450 Personen. Gleichzeitig wurden an mehreren Stellen in der Hauptstadt nicht erlaubte Aktionen registriert. „Am 11. September wurden 32 Personen wegen Verstoßes gegen die Regelungen zu Massenveranstaltungen inhaftiert. Bis zur Prüfung des Verdachts von Verwaltungsdelikten vor Gericht wurden 18 Personen in Haftanstalten gebracht“, teilte das Ministerium mit. Für die Teilnahme an nicht genehmigten Massenveranstaltungen wird eine Verwaltungsstrafe in Form einer Geldbuße von bis zu 50 BW (1 BW = Br27) oder einer Verwaltungshaft von bis zu 15 Tagen verhängt. Für die Organisation von Massenunruhen droht eine Strafe von bis zu 15 Jahren Gefängnis.

Das Innenministerium berichtete auch, dass am Vortag 12 Massenveranstaltungen in fünf Regionen des Landes zur Unterstützung von Frieden, Sicherheit und Ruhe abgehalten wurden. Sie wurden von etwa 800 Personen besucht.

Es wurden notwendige Maßnahmen ergriffen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und die öffentliche Sicherheit bei öffentlichen und politischen Massenveranstaltungen zu gewährleisten.

**Mzdnr.ru: Am 11. September wurden in der DVR 30 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.**

In den letzten 24 Stunden wurden 42 Patienten nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es drei Todesfälle – ein Mann im Alter von 72 Jahren und Frauen im Alter von 72 und 64 Jahren.

Am 12. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2810 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

1195 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1457 als gesund entlassen, es gibt 158 Todesfälle. Zum Stand am 12. September wurden Coronavirusinfektionen bei 130 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

de.sputniknews.com: **Afghanistan-Krieg: Taliban und Regierung nehmen erstmals**  
Fast 20 Jahre nach der Militärintervention Afghanistans haben erstmals Friedensgespräche zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban begonnen. Die radikalislamische Bewegung beteuerte zum Auftakt der Verhandlungen in Katars Hauptstadt Doha, sie strebe nach Frieden und Stabilität am Hindukusch.

Die Taliban hatten jahrelang Verhandlungen mit der vom Westen unterstützten Regierung abgelehnt. Mit der Freilassung der letzten gefangenen Kämpfer machte Kabul im August den Weg für Friedensgespräche mit den Islamisten frei.

Delegationen der Taliban und der Regierung Afghanistans kamen am Samstag in Doha für eine Eröffnungszeremonie zusammen. Der Vorsitzende des Hohen Rats für Versöhnung, Abdullah Abdullah, bezeichnete den Beginn der Friedensgespräche in Doha als einen Moment, der in Afghanistans Geschichte als Ende der Gewalt eingehen wird.

„Wir sind mit gutem Willen und in guter Absicht hierhergekommen, um das 40-jährige Blutvergießen zu beenden und einen landesweiten und dauerhaften Frieden zu erreichen“, sagte Abdullah.

Taliban-Vizechef Mullah Abdul Ghani Baradar, der die Delegation der Islamisten in Doha leitet, sagte, die Bewegung handle im Interesse des afghanischen Volkes. „Wir wollen in Zukunft Frieden und Stabilität aufbauen und fordern von allen Parteien, den Interessen nicht eines Teiles des Volkes, sondern denen der gesamten afghanischen Gesellschaft zu folgen“, sagte Baradar. Er rief andere Staaten dazu auf, die innerafghanischen Verhandlungen und die Einheit Afghanistans zu unterstützen.

### **Hoffnung auf Ende des Blutvergießens**

Beide 21-köpfigen Teams hatten sich in den vergangenen Wochen akribisch vorbereitet. Der Beginn der Gespräche war mit großen Hoffnungen verbunden. Die Regierung hat einen Waffenstillstand als Forderung zur obersten Priorität erklärt, doch Experten zweifeln an einer schnellen Umsetzung. Am Rande der Veranstaltung wurde immer wieder betont, dass noch viel Misstrauen zwischen den Konfliktparteien herrscht.

Mike Pompeo, der ebenfalls in Doha weilt, will mit den Konfliktparteien separat verhandeln. Nach Informationen aus dem US. State Department will der US-Außenminister nach dem feierlichen Beginn der Friedensgespräche zuerst die Delegation der Regierung und dann die der Taliban treffen.

Auch das Abkommen der Taliban mit den USA verpflichtete die Islamisten zur Aufnahme der Friedensverhandlungen. Das Ende Februar unterzeichnete Abkommen sieht einen Abzug aller US-amerikanischen und internationalen Truppen bis Ende April kommenden Jahres aus Afghanistan vor.

Im Gegenzug sollen die Taliban Friedensgespräche mit der afghanischen Regierung in Kabul aufnehmen sowie Garantien geben, dass Afghanistan kein sicherer Hafen für Terroristen wird. In das Abkommen wurde die Freilassung von Gefangenen aufgenommen – als Vorbedingung für die Friedensgespräche zwischen der Regierung in Kabul und den militant-islamistischen Taliban. Die Taliban hatten seit dem Abkommen mit den USA keine Nato-Soldaten mehr getötet, ihren Kampf gegen die afghanischen Sicherheitskräfte aber intensiv weitergeführt.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0c/327927376\\_0:147:2982:1761\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_3d6769486121450894e54d69ef8e65cc.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0c/327927376_0:147:2982:1761_1000x541_80_0_0_3d6769486121450894e54d69ef8e65cc.jpg)

## **nachmittags:**

### de.sputniknews.com: **China verbietet Import von deutschem Schweinefleisch**

Nach dem ersten Fall der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Deutschland hat China ein Importverbot für deutsches Schweinefleisch verhängt. Das berichtete die chinesische Zollverwaltung am Samstag. China ist der größte Abnehmer von Schweinefleisch aus Deutschland.

Das Bundesagrarministerium erklärte auf Anfrage am frühen Samstagnachmittag, ein entsprechendes Schreiben der chinesischen Seite liege nicht vor. Wie die chinesische Zollverwaltung am Samstag mitteilte, sollen alle Lieferungen von Fleisch und Produkten von Schweinen oder Wildschweinen zerstört oder zurückgeschickt werden. Alle Lieferungen, die vorher geschickt worden seien, sollen verschärft untersucht werden, bevor sie freigegeben würden.

Das Verbot erfolgte zwei Tage nachdem die für Schweine tödliche, aber für Menschen ungefährliche Tierseuche erstmals bei einem toten Wildschwein in Brandenburg nahe der Grenze zu Polen nachgewiesen worden war.

Der Fundort des toten infizierten Wildschweins in Brandenburg wird derzeit eingezäunt. In einer Kernzone von drei Kilometern rund um den Fundort wird seit Freitag ein mobiler Elektrozaun mit einer Länge von zwölf Kilometern errichtet. Wie die betroffenen Landkreise Spree-Neiße und Oder-Spree mitteilten, sollte der Zaunbau noch am Samstag abgeschlossen sein.

### **Sorge um wichtigen Absatzmarkt**

Damit bestätigt sich eine der größten Sorgen der Schweinehalter und der Fleischwirtschaft. Ein Wegbrechen des chinesischen Marktes „würde uns sehr, sehr stark treffen“, hatte Bauernpräsident Joachim Rukwied am Freitag im ZDF gesagt. Das Bundesagrarministerium setzt sich derweil weiter für Handelsmöglichkeiten ein. Man bleibe mit der chinesischen Regierung weiterhin im Gespräch, um eine Regionalisierungs-Vereinbarung zu erreichen, sagte eine Sprecherin am Samstag auf Anfrage in Berlin.

Dies zielt darauf, Einfuhrstopps für Lieferungen aus Deutschland wegen der Schweinepest nur auf Betriebe aus betroffenen deutschen Regionen zu beschränken. So ist es auch innerhalb der EU geregelt. Das Ministerium bestätigte, dass es eine Mitteilung des Importverbots durch die chinesische Seite gibt.

China ist der größte Konsument von Schweinefleisch weltweit. Da es seit Ende 2018 selbst



gegen einen massiven Ausbruch der Schweinepest kämpfen muss, hat das Land strenge Maßnahmen ergriffen. Weit mehr als 100 Millionen Tiere sind im vergangenen Jahr in China verendet oder mussten notgeschlachtet werden.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 12.09.2020**

In den letzten 24 Stunden wurden nach Angaben von Beobachtern der DVR im GZKK **keine Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung festgestellt.

Die Einheiten der Volksmiliz tun weiter militärischen Dienst, beobachten den Gegner, halten streng das Regime der Feueinstellung ein und sind zu adäquaten Maßnahmen auf mögliche Provokationen der ukrainischen Seite bereit.

Unsere Aufklärung hat Fälle der **Stationierung von Waffen und Militärtechnik durch Kämpfer der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und Objekten der zivilen Infrastruktur** festgestellt.

So haben Kämpfer der 24. Brigade im Hof eines Wohnhauses in Drushba zwei Schützenpanzerwagen stationiert und auf einer Gartenparzelle in Newelskoje wurde die Stationierung einer Mannschaft eines Antipanzerraketekomplexes „Konkurs“ aus der 54. Brigade entdeckt.

**Außerdem blockierten Kämpfer der BFU auf Befehl des Kommandos der OOS weitere Beobachter der OSZE-Mission.**

Neben der Durchführung von provokativem Beschuss im Gebiet von Schumy, die auf die Verhinderung einer Entdeckung der neuen Positionen der 35. Brigade im Gebiet von Schumy durch eine Patrouille der Mission abzielen, hat das Kommando der OOS den Kräften von zwei mobilen Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung und einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 35. Marineinfanteriebrigade die Aufgabe gestellt, mit Stationen R-934B und „Bukowel-AD“ die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren. Diese Operation der ukrainischen Seite hat ihr Ziel erreicht – in der Folge der Blockade verlor eine Drohne der Mission die Lenkung und fiel in ein Waldstück auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium. Nach uns vorliegenden Informationen wurde die Drohne bereits von ukrainischen Kämpfern aus der 35. Brigade entdeckt und an den Stab des Verbandes gegeben.

Außerdem hat der Kommandeur des 25. Panzergrenadierbataillons Matjuschko frühzeitig befohlen, Minengefahrschilder an der Route der OSZE-Patrouille aufzustellen, um zu verhindern, dass Beobachter der OSZE die Stationierung schwerer Waffen und Panzertechnik auf den Positionen der 54. Brigade bemerken.

Diese Sachverhalte werden auch im offiziellen Bericht der OSZE-Mission vom 11. September bestätigt.

Nach Angaben unserer Aufklärung ist über den Sanitätsdienst ein Bericht über die **starke Zunahme der Zahl der mit dem Coronavirus infizierten Soldaten der 35. Brigade der BFU** an das Kommando der OOS gelangt.

So hatten von 300 Kämpfern, die am 8. September auf Coronavirusinfektion getestet wurden, 285 ein positives Ergebnis. Der für die Durchführung der Tests in der 35. Brigade verantwortliche Leiter des Laboratoriums eines Militärhospitals, der Unterleutnant des Sanitätsdienstes Sinizkij, wurde außerplanmäßig in den Stab der OOS bestellt, um die Umstände zu erläutern und um auf seine berufliche Eignung überprüft zu werden.

Da er sich im Vorfeld der Befragung durch die übergeordnete Führung am Rande eines Nervenzusammenbruchs befand, kam Sinizkij nicht mit der Lenkung seines Autos vom Typ DAEWOO zurecht und kollidierte im Gebiet von Artjomowsk mit einem zivilen Auto vom Typ HYUNDAI. Infolge des Zusammenstoßes starb der Fahrer des HYUNDAI, geb. 1953, an Ort und Stelle, ein im Auto befindliches Kind, geb. 2010, wurde mit zahlreichen Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert. Der Militärmediziner Sinizkij wurde mit einer Schädel-Hirn-

Trauma und zahlreichen Abschürfungen in das Krankenhaus in Tschassow Jar eingeliefert. Kämpfer der 36. und 56. Brigade äußern immer öfter Unzufriedenheit mit ihren Kommandeuren auf Seiten in sozialen Netzwerken und in Internet-Messengern. In ihren Mitteilungen führen die Kämpfer als Beispiel **Fälle von Erpressung und Willkür von Seiten des kommandierenden Personals** an, sowie Fälle, in denen das Kommando nicht kampfbedingte Verluste der BFU verheimlicht, sowie das geringe Niveau der Lebensmittelversorgung des Personals.

Um die Kanäle zu finden, durch die dienstlichen Informationen durchsickern, hat das Kommando der OOS in die 36. und 56. Brigade Kommissionen zum Schutz von Staatsgeheimnissen geschickt, außerdem hat der SBU drei Kämpfer aus der 36. Brigade unter dem Verdacht auf Weitergabe dienstlicher Informationen festgenommen.

Bei der Arbeit der Kommission zum Schutz von Staatsgeheimnissen in den Einheiten der 56. Brigade wurde festgestellt, dass fünf Kämpfer, die nach Angaben der Kommission an der Veröffentlichung von dienstlicher Information in sozialen Netzwerken beteiligt sind, eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben. Zurzeit wird nach ihnen gefahndet.

**Das breite öffentliche Aufsehen, dass die erschreckenden Fälle von Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zum Waffenstillstand von Seiten der BFU im Gebiet von Schumy hervorgerufen hat, wird von ukrainischen Nationalisten weiter zur Sabotage des Friedensprozesses genutzt.** Aktive Hilfe dabei leisten die Oppositionskräfte, die von Poroschenko kontrolliert werden, sowie ukrainische Massenmedien und Propagandisten, die die Kämpfer der BFU offen dazu aufrufen, die Befehle des obersten Kommandeurs der Ukraine zu sabotieren und die Vertreter des GZKK der Volksrepubliken zu jagen.

So ist die von den Oppositionskräften der Ukraine betriebene Politik darauf gerichtet, der Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass das Büro des Präsidenten keinen Einfluss auf die politischen Prozesse im Land und die Situation in der OOS-Zone hat.

### Deutsch.rt.com: **Venezuela verschärft Sicherheitsvorkehrungen in Ölraffinerien nach Festnahme eines "US-Spions"**

In Venezuela ist ein mutmaßlicher US-Spion festgenommen worden. Nach Angaben von Präsident Nicolás Maduro sammelte der Agent Informationen über venezolanische Erdölraffinerien. Nun werden die Sicherheitsvorkehrungen an den strategischen Objekten verschärft.

Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro hat am Freitag im Fernsehen von der Festnahme eines mutmaßlichen US-Agenten berichtet. Wie der Staatschef sagte, habe der Spion versucht, strategische Informationen über die Erdölraffinerien Amuay und Cardón im Bundesstaat Falcón zu beschaffen. Bei dem Verdächtigen handele es sich um einen Marineinfanteristen, der für den US-Auslandsgeheimdienst CIA im Irak gearbeitet habe. Maduro teilte außerdem mit, dass die venezolanischen Behörden alle Beweise besäßen, darunter Fotos und Videos. Beim Festgenommenen habe man "schwere Spezialwaffen" und eine große Menge an US-Währung in bar entdeckt. Nach Angaben des venezolanischen Präsidenten hatte Erdölminister Tareck El Aissami mit einer Gruppe von Ingenieuren und Wissenschaftlern zuvor am Mittwoch einen Sabotageplan aufgedeckt und somit eine Explosion in der Erdölraffinerie El Palito im Bundesstaat Carabobo vereitelt.

Vor diesem Hintergrund ließ Maduro am Freitag die Sicherheitsvorkehrungen in allen Erdölraffinerien des Landes verschärfen:

„Es ist ein Rachekrieg des Gringo-Imperiums, um zu verhindern, dass Venezuela alle Erdölderivate, darunter Benzin, herstellt.“

Zuvor hatte die venezolanische Regierung einen Spezialplan verabschiedet, um vor dem Hintergrund der US-Sanktionen die Brennstoffversorgung im Land zu sichern, nachdem es in den letzten Wochen in vielen Städten zu Engpässen gekommen war.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2020.09/article/5f5c6634b480cc56a2670599.JPG>

de.sputniknews.com: **Dänemark plädiert für neue Diskussion über Nord Stream 2**

Dänemark will den Bau der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 nach der angeblichen Vergiftung des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny erneut besprechen. Dies berichtet die dänische Rundfunkanstalt DR.

Für eine neue Diskussion plädiert die dänische Premierministerin Mette Frederiksen:

„Ich war die ganze Zeit gegen Nord Stream 2. Ich glaube, wir sollten nicht von russischem Gas abhängig werden. Es wäre gut, wenn wir eine neue Diskussion zu diesem Thema beginnen könnten“, zitiert DR Frederiksen.

Im Juli hatte die dänische Energieagentur (DEA) eigenen Angaben zufolge der Nord Stream 2 AG genehmigt, Nord Stream 2 in ihren Gewässern mithilfe von Rohrverlegeschiffen mit Ankerpositionierung fertigzustellen.

Die fast fertige Pipeline ist seit Jahren ein Streitfall. In den vergangenen Tagen aber ist die Pipeline im Zusammenhang mit der angeblichen Vergiftung von Nawalny in den Mittelpunkt einer drängenden Diskussion gerückt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel schließt nach Angaben von Regierungssprecher Steffen Seibert nicht mehr aus, dass die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 von möglichen Sanktionen gegen Russland betroffen sein könnte.

Die Aufklärung des Falles fordern alle Parteien im Bundestag. Doch damit enden die Gemeinsamkeiten. Gegen einen Baustopp von Nord Stream 2 sprechen sich die Linkspartei und die AfD aus.

Außenminister Maas sagte, wenn es in den nächsten Tagen keine Beiträge zur Aufklärung gebe, werde man sich mit den Partnern beraten. Auf die EU-Mitgliedsstaaten könnte also sehr schnell eine Diskussion zukommen, wie denn eine angemessene Antwort aussehen soll.

**Mil-Inr.su: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 12. September 2020**

In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben von Beobachtern der LVR im GZKK **eine Verletzung der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung festgestellt.

Gestern haben Kämpfer der 14. Brigade einen weiteren Versuch unternommen, unsere Verteidiger zur Eröffnung des Feuers zu provozieren, dazu wurde von den Positionen des 3. Bataillons in der Nähe von Pritschepilowka das **Feuer mit Schusswaffen in Richtung unserer Positionen im Gebiet von Shelobok** eröffnet. Die Schüsse waren nicht zielgerichtet und bedrohten das Leben unserer Soldaten und örtlicher Einwohner nicht.

Im Rahmen des Koordinationsmechanismus und um zu verhindern, dass die Volksmiliz der Provokationen beschuldigt wird, wurde die ukrainische Seite im GZKK operativ über diesen

Sachverhalt in Kenntnis gesetzt.

Das verbrecherische ukrainische Kommando, das alle Normen des Völkerrechts sowie seine Verpflichtungen im Rahmen der Zusatzmaßnahmen ignoriert, stationiert weiter **Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern** und gefährdet so das Leben der Zivilbevölkerung.

Nach Angaben unserer Aufklärung haben Soldaten der 25. Brigade auf Befehl des Kommandeurs des 2. Fallschirmlandebataillons Suschtschenko zwei Schützenpanzer und eine militärisches Baugerät BAT-2 in einem Wohngebiet von Stschastje stationiert ....

**Die Volksmiliz hat gemeinsam mit dem Ministerium für Kultur, Sport und Jugend der LVR einen Wettbewerb junger Journalisten organisiert.** Derzeit werden noch Anmeldungen angenommen, wir laden alle Interessierten ein, teilzunehmen und ihre Kräfte in der Journalistik zu erproben. Genaueres über die Wettbewerbsbedingungen können Sie auf der offiziellen Seite des Pressedienstes der Volksmiliz erfahren.

de.sputniknews.com: **„Mulan“-Neuverfilmung: US-Gesetzgeber werfen Disney Zusammenarbeit mit Behörden von Xinjiang vor**

Eine Gruppe von insgesamt 19 US-Senatoren und Abgeordneten des US-Repräsentantenhauses hat den CEO der Walt Disney Company, Bob Chapek, aufgefordert, die Zusammenarbeit mit den Behörden des Uigurischen Autonomen Gebiets Xinjiang in China zu kommentieren, die es bei den Dreharbeiten des neuen Abenteuerfilms „Mulan“ gegeben haben soll.

Einen entsprechenden Brief hat die Congressional-Executive Commission on China (CECC) am Freitag veröffentlicht, eine unabhängige US-Behörde, die die Einhaltung von Menschenrechten und die Rechtsstaatlichkeit in der Volksrepublik China überwacht. Die Verfasser des Schreibens verweisen darauf, dass im Abspann des Films, in dem es um den Lebensweg einer Kriegerin im Alten China geht, den „Sicherheits- und Propaganda“-Behörden von Xinjiang gedankt wird.

Die „offensichtliche Zusammenarbeit“ von Disney mit Beamten der Volksrepublik China, die „am meisten für die Begehung von Gräueltaten – oder für die Vertuschung dieser Verbrechen – verantwortlich“ seien, sei zutiefst beunruhigend, heißt es in dem Brief. Die US-Senatoren und Abgeordneten, zu denen auch der CECC-Ko-Vorsitzende und ehemalige Präsidentschaftskandidat Marco Rubio gehört, forderten Disney auf, eine detaillierte Erklärung abzugeben.

Die Gesetzgeber fragten Disney unter anderem nach dem Einsatz lokaler Arbeitskräfte, wie Uiguren oder Vertreter anderer ethnischer Minderheiten, „sowie nach der gebotenen Sorgfalt, mit der sichergestellt werden sollte, dass während der Produktion des Films keine Zwangsarbeit eingesetzt wurde“.

**US-Kritik an China wegen angeblicher Minderheitenunterdrückung in Xinjiang**

Die USA hatten China mehrmals vorgeworfen, gegen Menschenrechte im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang zu verstoßen, das unter anderem von Uiguren, Kasachen und anderen Ethnien besiedelt ist, die sich zum Islam bekennen. Peking weist die Vorwürfe zurück.

Im Juli 2020 verhängten die USA Sanktionen gegen chinesische Politiker, denen sie Unterdrückung der muslimischen Minderheit der Uiguren zur Last legen.

Ende August 2018 hatten Experten des UN-Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung in einem Bericht mitgeteilt, dass sich bis zu einer Million ethnische Uiguren in „Umerziehungslagern“ in der Autonomen Region Xinjiang in China befinden könnten.

Das chinesische Außenministerium ließ in Reaktion darauf verkünden, die Information über die Inhaftierung von Uiguren in „Umerziehungslagern“ entspreche nicht der Wirklichkeit.





[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0c/327927954\\_0:0:3072:1662\\_1000x54180\\_0\\_0\\_b92fcd22bd66359cf4ff30734b3e078a.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0c/327927954_0:0:3072:1662_1000x54180_0_0_b92fcd22bd66359cf4ff30734b3e078a.jpg)

Dan-news.info: Bei einem Treffen mit Mitarbeitern des landwirtschaftlichen Unternehmens „Frunse“ im Starobeschewo-Bezirk äußerte sich das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin zu den Problemen mit den Warteschlangen beim Migrationsdienst.

„In einigen Städten sind die Warteschlangen für Pässe schon bis 2023 belegt und das ist nicht richtig. Deshalb ergreifen wir jetzt eine Reihe von Maßnahmen. Eine davon ist, alle Personalabteilungen in allen Behörden und Unternehmen, örtlichen Verwaltungen und gesellschaftlichen Anlaufstellen der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ heranzuziehen, die Menschen bei der Zusammenstellung der Dokumente beraten können. Es kommen viele Menschen mit einem unvollständigen Dokumentenpaket und dadurch benötigen die Mitarbeiter des Migrationsdienstes Zeit, um zu erklären, welche Dokumente nötig sind. Entsprechend geht es nicht vorwärts, Zeit geht verloren“, sagte Puschilin.

Außerdem sei geplant, das Personal im Migrationsdienst aufzustocken.

Während des Treffens wurden auch Fragen zur Erhöhung der Renten, zum Export landwirtschaftlicher Produkte usw. aufgeworfen. An der Diskussion nahmen der Minister für Agrarindustrie und Lebensmittel Artjom Kramarenko und der Leiter der Bezirksverwaltung von Starobeschewo Nikolaj Michailow teil.



[https://dan-news.info/wp-content/uploads/2020/09/dan-news.info-2020-09-12\\_13-02-16\\_322051-----1-1024x683.jpg](https://dan-news.info/wp-content/uploads/2020/09/dan-news.info-2020-09-12_13-02-16_322051-----1-1024x683.jpg)



de.sputniknews.com: **Fall Nawalny: Lawrow verspricht Antwort auf mögliche Sanktionen**

Sollten die westlichen Länder wegen der Situation um den Kreml-Kritiker Alexej Nawalny Sanktionen gegen Russland einführen, wird das Land laut seinem Außenminister, Sergej Lawrow, mit Gegenmaßnahmen reagieren.

„Niemand hat das Prinzip der Gegenseitigkeit in den internationalen Angelegenheiten aufgehoben“, betonte Lawrow in einer Sendung des TV-Senders „Rossija 1“.

Moskau werde das Vorgehen der westlichen Staaten bewerten und anschließend darauf reagieren, so der russische Chefdiplomat. Ihm zufolge können solche Entscheidungen nicht unbeantwortet bleiben. ...



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0b/327676051\\_0:0:3014:1630\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_baae76096e621e57cad8c4405f13cb53.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0b/327676051_0:0:3014:1630_1000x541_80_0_0_baae76096e621e57cad8c4405f13cb53.jpg)

de.sputniknews.com: **Gelbwesten-Protest in Paris: Dutzende Demonstranten festgenommen**

Bei den ersten Protesten der „Gelbwesten“-Bewegung in Paris nach der Sommerpause ist es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften gekommen. Nach Angaben des Senders FranceInfo sind dabei etwa 200 Menschen im Nordwesten der französischen Hauptstadt festgenommen worden.

78 von ihnen befanden sich demnach auch noch am Nachmittag zu Befragungen in Polizeigewahrsam, wie die Pariser Staatsanwalt mitteilte.

Etwa 1000 Menschen hatten sich FranceInfo zufolge am Platz Wagram eingefunden, wo es zu den Ausschreitungen kam. Die Polizei postete auf Twitter konfiszierte Gegenstände wie Messer, Handschuhe, Masken und einen Bogen zum Abschießen von Pfeilen.

Die Proteste richteten sich laut diversen Facebook-Einträgen der Gelbwesten-Bewegung unter anderem gegen Reformen der französischen Regierung um Präsident Emmanuel Macron, aber auch gegen den Kapitalismus.

Weitere Proteste gab es an der Alten Börse in der Pariser Innenstadt. Demonstrationen an der Prachtmeile Champs-Élysées im Zentrum der französischen Hauptstadt waren zuvor verboten worden, lokale Medien berichteten von starker Polizeipräsenz vor Ort.

In der südfranzösischen Stadt Toulouse untersagten die Behörden eine geplante Demonstration der Bewegung. Das Coronavirus breite sich in der Region schnell aus und Abstands- sowie Hygieneregeln könnten bei Versammlungen nicht eingehalten werden, hieß es zur Begründung.

Die „Gelbwesten“ protestieren seit gut eineinhalb Jahren regelmäßig gegen die Reformpolitik von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Der Zulauf zu den Demonstrationen hatte aber bereits vor der Coronavirus-Pandemie erheblich nachgelassen.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32660/37/326603707\\_0:428:2048:1536\\_1000x54180\\_0\\_0\\_75ad5eb971afc70c6ac3463ef0f7d077.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32660/37/326603707_0:428:2048:1536_1000x54180_0_0_75ad5eb971afc70c6ac3463ef0f7d077.jpg)

**Dnronline.su: Das Buch "Schwarze Sonne der Ukraine" wurde in Donezk vorgestellt**  
Heute fand im Donezk im Zentrum für Jugenddiplomatie „Legatus“ ein Präsentation des Buches des russischen Politologen und Journalisten Alexej Kotschetkow „Die schwarze Sonne der Ukraine“ statt. Es ist der Geschichte des neonazistischen Regiments „Asow“ gewidmet.

„Im dem Buch geht die Erforschung der Entstehung und Entwicklung des ukrainischen Neonazismus weiter. Die „Asower“ sind klassische Neonazis. Sie gehören zu den gefährlichsten, weil sie eine strukturierte Ideologie haben, sie haben einen konkreten Plan. Sie sind nicht einfach Halunken, die die Konjunktur nutzten, sondern Menschen, die auf die Ergreifung der Macht in er Ukraine ausgerichtet sind. Eine Machtübernahme einer solchen Kraft würde nicht nur Krieg bedeuten, sondern auch eine Katastrophe für die ukrainische Staatlichkeit“, sagte er.

Alexej Kotschetkow ist Autor der Bücher „Ukraine 2012: wie die Abgeordneten gewählt wurden“ und „Blutige Verbrecher der Bandera-Junta“. Im August 2014 schreib er mit dem russischen Politolgen Stanislaw Byschkij das Buch „Der Stepan-Bandera-Euromaidan“, das nachfolgend in Englische und ins Polnische übersetzt wurde.

**de.sputniknews.com: Hilfe in Corona-Zeiten: Russland liefert 50.000 Tonnen Getreide an Nordkorea**

Im Rahmen der unentgeltlichen humanitären Hilfe angesichts der Corona-Pandemie hat Russland weitere 50.000 Tonnen Weizen an Nordkorea geliefert. Dies teilte die russische Botschaft in Pjöngjang am Samstag via Facebook mit.

Demnach ist die abschließende Lieferung von 25.000 Tonnen im Hafen Nampo der Provinz Pyöngan-namdo eingetroffen. Das Getreide soll vom Frachtschiff auf sechs Lastkähne verladen werden, die später mit ihren Besatzungen in eine 14-tägige Quarantäne müssen. Danach soll das Getreide begast und an die Verbraucher geschickt werden.

„Die koreanische Seite hat der Regierung und dem Volk Russlands ihren herzlichen Dank für die brüderliche und uneigennützig Hilfe ausgesprochen, was bei den durch die Pandemie verursachten Schwierigkeiten eine klare Bestätigung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern ist“, heißt es in der Mitteilung.

Im Zusammenhang mit den schweren Schäden, die der nordkoreanischen Landwirtschaft Ende August und Anfang September durch mehrere „beispiellose Taifune“ zugefügt worden seien, hätten die Beamten des Außenministeriums in Pjöngjang bei Kontakten mit russischen die Bedeutung der russischen Getreidelieferungen betont, heißt es weiter.

Laut Informationen des Russischen Föderalen Zentrums für Bewertung der Getreidequalität

hatte Nordkorea im Juli 2020 25.000 Tonnen Weizen aus Russland eingeführt. Dies entspricht dem Volumen der gesamten nordkoreanischen Weizenimporte aus Russland binnen der vergangenen zwölf Monate (vom 1. Juli 2019 bis zum 1. Juli 2020). Nach Angaben des Finanzministeriums hatte Russland 2019 im Rahmen der humanitären Hilfe Weizen an Syrien und Nordkorea im Gesamtwert von über 1,5 Milliarden Rubel (damals etwa 20,7 Millionen Euro) geliefert.

**Dnronline.su: Heute findet in Starobeschewo das Fest griechischer Kultur „Kalimera“ statt, das das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin besuchte.**

Das Oberhaupt der DVR gratulierte Einwohnern und Gästen des Bezirkszentrums. Er unterstrich, dass der Donbass immer eine multinationale Region war und bleibt, wo viele Nationalitäten in Frieden, Harmonie und gegenseitigem Respekt leben.

„Ich bin praktisch jedes Jahr bei Ihrem Fest und liebe es sehr. Hier ist es sehr gastfreundlich, warm und schön: Die griechische Kultur ist eine besondere. In der DVR ist uns schon lange klar, dass es richtig ist, einen multinationalen Staat zu haben, gegenseitigen Respekt zwischen den Kulturen, die Menschen nicht nach Nationalitäten, Glaubensbekenntnissen und anderem aufzuteilen. Wir gewinnen dabei nur, wir werden tatsächlich geistig reicher. Das ist ein großer Wert! Die Feste in Starobeschewo sind dafür ein gutes Beispiel.

Allen Einwohnern will ich einen friedlichen Himmel über dem Kopf und natürlich viele positive Empfindungen wünschen. Wir werden uns weiter entwickeln und einen Staat aufbauen, in dem unsere Kinder, unsere Nachfahren leben werden“, sagte Denis Puschilin. Dann gratulierte der Leiter der Bezirksverwaltung von Starobeschewo Nikolaj Michajlow den Anwesenden. Er merkte an, dass der Starobeschewo-Bezirk immer ein gastfreundliches Gebiet war und wünschte den Einwohnern Frieden, Glück und Aufblühen.

Nach dem offiziellen Teil macht sich Denis Puschilin in Begleitung von Nikolaj Michajlow mit den Ständen bekannt, unterhielt sich mit Einwohnern des Bezirks, die an den Feiern teilnahmen.

Im Rahmen des Festivals gibt es Kunstausstellungen, Essensstände mit Nationalgerichten, es gibt einen Kinderspielbereich, Wettbewerbe in griechischem Ringkampf. Jeder, der das interessiert, konnte an Töpferkursen teilnehmen.



<https://dnronline.su/wp-content/uploads/2020/09/kalimera.jpg>

**Deutsch.rt.com: Differenzen, nicht Streitigkeiten: Indien und China einigen sich auf Deeskalationsplan**

Neu-Delhi und Peking haben sich darauf geeinigt, die Spannungen abzubauen, die sich



entlang der umstrittenen chinesisch-indischen Grenze aufgebaut und zu Scharmützeln geführt hatten. Bei einem Treffen in Moskau kündigten sie einen Fünf-Punkte-Deeskalationsplan an. Seit Mai spitzen sich entlang der sogenannten "Line of Actual Control" (LAC) im Osten Ladakhs an der chinesisch-indischen Himalaja-Grenze die Spannungen zu und führten bereits wiederholt zu Zusammenstößen zwischen indischen und chinesischen Truppen, die in dem dünn besiedelten Berggebiet stationiert sind. Die Feindseligkeiten schürten die Furcht vor einem ausgewachsenen bewaffneten Konflikt mit häufigen und manchmal tödlichen Grenzkonflikten auszulösen. Nun sollen sich beide Seiten bei einem Treffen in Moskau auf einen Deeskalationsplan geeinigt haben.

Der Plan – der von Indiens Außenminister Subrahmanyam Jaishankar und seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi am Rande eines Treffens der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) am Donnerstag in Moskau vereinbart wurde – sieht vor, dass die Truppen auf beiden Seiten der Grenze "sich schnell zurückziehen, den richtigen Abstand wahren und die Spannungen abbauen".

Laut einer gemeinsamen Erklärung sollen sich sowohl Neu-Delhi als auch Peking verpflichtet haben, alle bestehenden Vereinbarungen einzuhalten, Frieden und Ruhe zu wahren und keine Handlungen zuzulassen, die zu einer Eskalation in der Region führen könnten.

Die Verringerung der Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern werde auf der "Reihe von Konsens" zwischen dem indischen Premierminister Narendra Modi und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping beruhen, "einschließlich des Verbots, Differenzen zu Streitigkeiten werden zu lassen", heißt es in der Erklärung. Die gegenwärtige Situation in den Grenzgebieten liege nicht im Interesse der beiden Seiten.

Im Bestreben, künftige Grenzkonflikte zu vermeiden, kamen die Minister überein, den Kontakt durch speziell entworfene Kommunikationsmechanismen aufrechtzuerhalten und die Arbeit an neuen "vertrauensbildenden Maßnahmen" zu beschleunigen, um sicherzustellen, dass der langjährige Grenzkonflikt nicht in einen regelrechten Krieg ausartet.

Das anscheinende Tauwetter in den chinesisch-indischen Beziehungen ereignet sich nach dem schlimmsten Aufflackern zwischen den beiden Nachbarstaaten seit vier Jahrzehnten. Mitte Juni führte ein ernster Kampf zwischen den Grenztruppen beider Staaten im Galwan-Tal zu 20 toten indischen Soldaten. Seitdem gab es weitere mehrere kleinere Auseinandersetzungen, die die Kluft zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Nationen der Welt vertieften. Der jüngste Vorfall ereignete sich am Montag südlich des Pangong-Tso-Sees, wobei beide Länder jeweils die Gegenseite beschuldigten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.09/article/5f5bac2fb480cc0c5438eed6.JPG>

**abends:**

de.sputniknews.com: **Russlands RDIF-Chef äußert sich zur Wiederaufnahme von Corona-Impfstofftests bei AstraZeneca**

Der Pharmakonzern AstraZeneca hat die klinischen Studien für seinen Corona-Impfstoff wieder aufgenommen. Die Tests waren am 6. September wegen der Erkrankung eines Probanden vorsorglich gestoppt worden.

Kirill Dmitriev, Chef des Russischen Fonds für Direktinvestitionen (RDIF), der an der Herstellung des russischen Corona-Impfstoffs Sputnik V beteiligt ist, sagte dazu:

„Wir freuen uns, dass AstraZeneca seine Forschung wieder aufgenommen hat und weiter vorankommt. Gleichzeitig zeigte die Situation mit ihrer Suspendierung deutlich den Irrtum des Ansatzes, bei dem sich ganze Länder bei der Auswahl eines Impfstoffs ausschließlich auf neue, nicht getestete Plattformen ausrichten – sei es Affenadenovirusvektor oder mRNA. Wir haben wiederholt über die potenziellen Risiken gesprochen, die neue Technologien darstellen können, sowie über die Existenz einer gut untersuchten Plattform auf der Basis humaner adenoviraler Vektoren, die sich als wirksam und sicher erwiesen hat. Dabei macht die bewährte Plattform humaner adenoviraler Vektoren in den USA und in Westeuropa nur 15 Prozent des Gesamtvolumens der gekauften Impfstoffe aus“, so Dmitriev.

„Diese Situation stellt die Richtigkeit des Ansatzes einer Reihe von Pharmaunternehmen in Frage, die die Risiken gekaufter Impfstoffe vollständig auf die Einkaufsländer verlagern. Russland wird diesem Ansatz nicht folgen, da es die Sicherheit und Wirksamkeit der humanen adenoviralen Plattform einschließlich des Impfstoffs Sputnik V sieht“.